



Beschluss des Stadtrats

vom 30. August 2023

GR Nr. 2023/53

Nr. 2382/2023

Interpellation von Samuel Balsiger und Stephan Iten betreffend fehlende Reaktion des Stadtrats auf die Probleme rund um das Bundesasylzentrum Zürich, Anfrage für Verschärfungen und Hilfestellungen beim Kanton und Bericht zu den Nationalitäten der verhaltensauffälligsten Bewohnenden des Bundesasylzentrums

Am 1. Februar 2023 reichten die Mitglieder des Gemeinderats Samuel Balsiger und Stephan Iten (beide SVP) folgende Interpellation, GR Nr. 2023/53, ein:

20 Minuten schreibt am 4. Oktober 2022:

«Erneut Messerstecherei in Zürich. Tätliche Auseinandersetzung beim Bundesasylzentrum im Kreis 5: Am Montagabend wurden bei einem Streit zwei junge Männer aus Algerien mittelschwer verletzt. (...) Die beiden Männer aus Algerien, im Alter von 16 und 18 Jahren, mussten ins Spital gebracht werden. Die Stadtpolizei Zürich verhaftete in diesem Zusammenhang drei mutmasslich an der Tat beteiligte Personen, alle afghanische Staatsangehörige, im Alter von 16 und 17 Jahren.»

Die NZZ schreibt am 8. Dezember 2022:

«Kinder der Schule Pfingstweid fühlen sich von Asylsuchenden belästigt. Für 250 Kinder ist der Weg in die Schule seit dem Spätsommer nicht mehr so, wie sie ihn gewohnt sind. Auf der Passerelle, die über die Hauptstrasse zum Schulhaus Pfingstweid führt, liegt Abfall, auch der Schulhausplatz selbst ist häufig zugemüllt. Im Sandkasten und unter Laubhaufen liegen benutzte Spritzen. Barbara Friedrich, Vorstandsmitglied des Elternrats der Schule Pfingstweid, sagt: <Wir Eltern haben festgestellt, dass der Schulweg zu gewissen Tageszeiten nicht mehr sicher ist. Die Kinder fühlen sich unwohl und werden von Flüchtlingen belästigt, wenn sie die Brücke passieren und die Treppe hinuntergehen.> Friedrich sagt weiter: (Inzwischen sind wir Eltern so weit, dass wir die Kinder nicht mehr über die Brücke schicken, sondern über die Hauptstrasse.)»

Der Nebelspalter schreibt am 11. Januar 2023:

«Auf dem rund 800 Meter langen Weg zwischen der Stadionbrache und dem Asylzentrum trifft man morgens den Pöstler an. (Seit das Bundesasylzentrum hier offen ist, verschwinden die Pakete aus den Hauseingängen mehr denn je», sagt er. Von (mehr Kriminalität) auf der Stadionbrache berichtet auch Brachenpfleger Lorenz de Vallier: <Wir haben mehrmals die Polizei gerufen, weil vermehrt Leute ihr Diebesgut hier aussortiert und versteckt haben. Das wollen wir nicht.> (...) Und dann wird de Vallier konkret: (Es sind immer mehr Asylbewerber geworden, die den Park vom 800 Meter weit entfernten Bundesasylzentrum Zürich-West her aufsuchen.»

Der Tages-Anzeiger schreibt am 12. Januar 2023:

«Zürcher Alternativprojekt zieht Konsequenzen: Hardturmbrache schliesst über Nacht. Immer mehr Menschen nutzen die Stadionbrache, darunter auch viele Geflüchtete aus dem Bundesasylzentrum. Nun bleibt das Areal über Nacht geschlossen. Elf Jahre lang war die Brache beim ehemaligen Hardturmstadion Tag und Nacht für die Bevölkerung zugänglich. Damit ist nun vorerst Schluss. Seit Anfang Jahr schliesst die Zwischennutzung jeden Abend um 19 Uhr ihre Tore. (Wir stossen an Grenzen, jetzt muss sich etwas ändern), sagt Christine Faissler, Sprecherin des Vereins Stadionbrache, der das Areal verwaltet. <Die Probleme haben kontinuierlich zugenommen, es liegt jeden Morgen Abfall rum, das Feuerholz wird nicht bezahlt.> (...) (Es hat sich im Bundesasylzentrum rumgesprochen, dass es uns gibt», sagt Faissler.)»

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:



2/3

1. Warum hat der Stadtrat bei diesem Chaos im Asylwesen nicht schon längst reagiert? Der Stadtrat kann Einfluss nehmen. Bilaterale Gespräche zwischen dem Stadtrat (Gemeindeebene) und Mario Fehr (Kantons Ebene) können eine grosse Wirkung für mehr Sicherheit haben.
2. Welche Verschärfungen und/oder Hilfestellungen wurden beim Kanton erbittet, um auf die in der Einleitung erwähnte Eskalation im Asylwesen zu reagieren?
3. Falls keine Verschärfungen und/oder Hilfestellungen beim Kanton erbittet wurden, warum ist dies unterlassen worden?
4. Falls keine Verschärfungen und/oder Hilfestellungen beim Kanton erbittet wurden, wird dies nun zügig nachgeholt - bevor noch mehr Opfer zu beklagen sind? Der Stadtrat hat eine Verantwortung gegenüber seinen angestammten Bewohnern. Schulkinder sind weitgehendst schutzlos und es liegt in der Verantwortung des Stadtrates endlich zu reagieren.
5. Welche Nationalitäten bei den Bewohnern vom Bundesasylzentrum im Kreis 5 sind am verhaltensauffälligsten? Wir erbitten diesbezüglich um einen Bericht mit allen Fakten und Zahlen von allen Staatsebenen.

Der Stadtrat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Nach der Einreise in die Schweiz ist zuerst der Bund, konkret das Staatssekretariat für Migration (SEM), für die Unterbringung und Betreuung von asylsuchenden Menschen verantwortlich. Die Unterbringung und Betreuung erfolgt in einem sogenannten Bundesasylzentrum (BAZ). Die Stadt hat sich mittels Volksabstimmung dafür entschieden, dass sich das BAZ Zürich in der Stadt Zürich befinden und damit ein Teil der Stadt bilden soll. Die grosse Mehrheit der im BAZ Zürich untergebrachten Personen verhält sich unauffällig und befolgt die Regeln innerhalb wie ausserhalb des Zentrums. Das Zusammenleben von bis zu 360 sich unbekannt Menschen aus unterschiedlichen Regionen der Welt mit Fluchterfahrung und unsicherer Perspektive unter einem Dach zu organisieren ist aber anspruchsvoll und kann zu Konfliktsituationen führen. Ende 2022 waren aufgrund der ausserordentlichen Lage im Flüchtlingsbereich weit mehr als 360 Personen im BAZ Zürich untergebracht, was die Situation der Bewohnenden zusätzlich erschwerte.

Treten Konflikte ausserhalb des Zentrums auf, so sind – wie auch bei anderen sich in der Stadt aufhaltenden Menschen – grundsätzlich die Regelstrukturen der öffentlichen Sicherheit, also insbesondere die Polizei, zuständig. Treten im Umfeld des BAZ gehäuft Schwierigkeiten auf, so tauschen sich die involvierten staatlichen Stellen wie auch das Quartier dazu aus. Dies ist etwa die Aufgabe der Resonanzgruppe, die Anliegen rasch entgegennimmt und die passenden Massnahmen von staatlicher Seite aufgleisen kann. Im Zuge dessen wurden auch die in der Interpellation einleitend erwähnten Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Schulweg, dem Abfall oder der Brache inzwischen angegangen. Die Situation hat sich jeweils schnell verbessert.

Aktuelle Prognosen gehen davon aus, dass die Anzahl Geflüchteter, die in die Schweiz einreist, in den kommenden Monaten nicht zurückgehen wird. Die beteiligten öffentlichen Stellen des Bundes, des Kantons wie auch der Stadt koordinieren sich entsprechend, um die Lage im Sinne der Betroffenen zu bewältigen. Die Stadt bemüht sich aktiv um den laufenden Austausch und bringt ihre Interessen ein.

Nach diesen einleitenden Bemerkungen können die Fragen wie folgt beantwortet werden:



3/3

Frage 1

Warum hat der Stadtrat bei diesem Chaos im Asylwesen nicht schon längst reagiert? Der Stadtrat kann Einfluss nehmen. Bilaterale Gespräche zwischen dem Stadtrat (Gemeindeebene) und Mario Fehr (Kantonebene) können eine grosse Wirkung für mehr Sicherheit haben.

Wie in den einleitenden Bemerkungen beschrieben, befinden sich die involvierten Stellen in stetigem Austausch, um angemessen auf entsprechende Herausforderungen reagieren zu können.

Fragen 2

Welche Verschärfungen und/oder Hilfestellungen wurden beim Kanton erbittet, um auf die in der Einleitung erwähnte Eskalation im Asylwesen zu reagieren?

Alle föderalen Ebenen sind daran, anfallende Herausforderungen so gut wie möglich gemeinsam zu bewältigen. Die Stadt ist, wie einleitend erwähnt, mit den zuständigen Stellen im laufenden Austausch.

Frage 3

Falls keine Verschärfungen und/oder Hilfestellungen beim Kanton erbittet wurden, warum ist dies unterlassen worden?

Siehe Antwort auf Frage 2.

Frage 4

Falls keine Verschärfungen und/oder Hilfestellungen beim Kanton erbittet wurden, wird dies nun zügig nachgeholt - bevor noch mehr Opfer zu beklagen sind? Der Stadtrat hat eine Verantwortung gegenüber seinen angestammten Bewohnern. Schulkinder sind weitgehendst schutzlos und es liegt in der Verantwortung des Stadtrates endlich zu reagieren.

Die Problematik des Schulwegs konnte, wie in den einleitenden Bemerkungen beschrieben, rasch verbessert werden. Vor allem mit dem Einsetzen einer Aussenpatrouille durch das SEM hat sich die Situation beruhigt.

Frage 5

Welche Nationalitäten bei den Bewohnern vom Bundesasylzentrum im Kreis 5 sind am verhaltensauffälligsten? Wir erbitten diesbezüglich um einen Bericht mit allen Fakten und Zahlen von allen Staatsebenen.

Bei auffälligem Verhalten können Bewohnerinnen und Bewohner eines BAZ in der Schweiz in ein besonderes Zentrum in Les Verrières verlegt werden. In sechs Monaten wurde nur ein geringer Anteil der Bewohnerinnen und Bewohner des BAZ Zürich (12 Personen) verlegt. Aufgrund dieses geringen Anteils kann keine Aussage zu einem Zusammenhang zur Nationalität gemacht werden.

Im Namen des Stadtrats
Die Stadtschreiberin
Dr. Claudia Cucho-Curti